

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur\*  
vom 14. September 2021

KR-Nr. 214a/2019

**Beschluss des Kantonsrates  
über die parlamentarische Initiative  
von Karin Fehr Thoma betreffend Wahl und  
Genehmigung Wahl Fachhochschulrat**

(vom . . . . .)

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in den Bericht und Antrag der Kommission für  
Bildung und Kultur vom 14. September 2021,

*beschliesst:*

I. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 214/2019 von Karin Fehr  
Thoma wird geändert, und es wird nachfolgende Gesetzesänderung be-  
schlossen.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 14. September 2021

Im Namen der Kommission

Der Präsident:            Die Sekretärin:  
Christoph Ziegler        Jacqueline Wegmann

---

\* Die Kommission für Bildung und Kultur besteht aus folgenden Mitgliedern:  
Christoph Ziegler, Elgg (Präsident); Sarah Akanji, Wiesendangen; Rochus Burt-  
scher, Dietikon; Marc Bourgeois, Zürich; Karin Fehr Thoma, Uster; Matthias  
Hauser, Hüntwangen; Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon; Alexander Jäger, Zürich;  
Maria Rita Marty, Uster; Carmen Marty Fässler, Adliswil; Judith Anna Stofer,  
Zürich; Christa Stünzi, Horgen; Paul von Euw, Bauma; Monika Wicki, Zürich;  
Kathrin Wydler, Wallisellen; Sekretärin: Jacqueline Wegmann.

## **Fachhochschulgesetz (FaHG)**

### **(Änderung vom .....; Wahl und Genehmigung Wahl Fachhochschulrat)**

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in den Bericht und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 14. September 2021,

*beschliesst:*

I. Das Fachhochschulgesetz (FaHG) vom 2. April 2007 wird wie folgt geändert:

§ 7. Abs. 1 unverändert.

<sup>2</sup> Der Kantonsrat

lit. a–d unverändert.

e. genehmigt die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten und der einzelnen Mitglieder des Fachhochschulrates.

§ 8. Abs. 1 unverändert.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat

lit. a unverändert.

b. wählt die Präsidentin oder den Präsidenten und die weiteren Mitglieder des Fachhochschulrates und legt die Entschädigung fest,

lit. c und d unverändert.

II. Diese Gesetzesänderung untersteht dem fakultativen Referendum.

III. Der Beleuchtende Bericht wird vom Regierungsrat verfasst.

---

## Erläuternder Bericht

### 1. Einleitung

Am 24. Juni 2019 reichten Karin Fehr Thoma und Mitunterzeichnende die parlamentarische Initiative KR-Nr. 214/2019 betreffend Wahl und Genehmigung Wahl Fachhochschulrat ein. Sie wurde am 19. Oktober 2020 mit 153 Stimmen vorläufig unterstützt.

Die parlamentarische Initiative hat folgenden Wortlaut:

Das Fachhochschulgesetz wird wie folgt angepasst:

§ 7<sup>1</sup> Der Kantonsrat übt die Oberaufsicht über die Hochschulen aus.

<sup>2</sup> Der Kantonsrat

- a. (unverändert)
- b. (unverändert)
- c. (unverändert)
- d. (unverändert)
- e. (alt, streichen) genehmigt die Wahl des Fachhochschulrats
- e. (neu) genehmigt die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten und der einzelnen Mitglieder des Fachhochschulrates

§ 8<sup>1</sup> Der Regierungsrat übt die allgemeine Aufsicht über die Hochschulen aus.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat

- a. (unverändert)
- b. (alt, streichen) wählt die Mitglieder des Fachhochschulrats und dessen Präsidentin oder Präsidenten
- b. (neu) wählt die Präsidentin oder den Präsidenten und die weiteren Mitglieder des Fachhochschulrates
- c. (unverändert)
- d. (unverändert).

## **2. Bericht der Kommission für Bildung und Kultur an den Regierungsrat vom 1. März 2021**

### *Antrag*

Die Kommission für Bildung und Kultur hat zu der vom Kantonsrat am 19. Oktober 2020 mit 153 Stimmen vorläufig unterstützten parlamentarischen Initiative von Karin Fehr Thoma, KR-Nr. 214/2019, folgenden vorbehaltenen Beschluss gefasst: Die PI Fehr Thoma wird mit 12:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen unterstützt.

### *Bericht*

Angestrebt wird eine Vereinheitlichung des Wahl- bzw. des Wahlgenehmigungsverfahrens der obersten Führungsgremien der beiden Hochschulen, in Anlehnung an das einheitliche Vorgehen bei den kantonalen Spitälern (USZ, KSW, PUK und ipw) als ebenfalls öffentlich-rechtliche Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Begründet wird das Anliegen mit der Oberaufsicht, die der Kantonsrat über die Anstalten ausübt. Bei der Universität wählt der Regierungsrat den Universitätsrat, eine Genehmigung der Wahl durch den Kantonsrat ist nicht vorgesehen. Beim Fachhochschulrat wählt ebenfalls der Regierungsrat das Präsidium und die Mitglieder, doch der Kantonsrat genehmigt die Wahl des Gremiums als Ganzes. Bei den Spitalratsgremien wählt der Regierungsrat die Präsidentin oder den Präsidenten und die Mitglieder, der Kantonsrat genehmigt diese Wahlen einzeln.

Für die Kommissionsmehrheit sind die Unterschiede zwischen den Hochschulen und im Vergleich zu den Spitälern nicht begründbar. Für alle diese Gremien ist gesetzlich festgelegt, welche gesellschaftlichen Gruppierungen oder Fachbereiche im jeweiligen Gremium vertreten sein müssen. Ein einheitliches Vorgehen bei allen obersten Führungsgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist einfacher und verständlicher in der Handhabung. Insbesondere aber soll dem Kantonsrat die Möglichkeit gegeben werden, Einfluss zu nehmen, wenn einmal eine Wahl des Regierungsrates nicht genehm ist.

Für die Kommissionsminderheit hinkt der Vergleich mit den Spitalratsgremien, weil diese am Markt agierenden Anstalten einen ganz anderen Auftrag haben als die Hochschulen. Ausserdem wird befürchtet, dass durch das Genehmigungsprozedere im Kantonsrat politische Kriterien gegenüber den nötigen fachlichen Kompetenzen zu bedeutend werden könnten.

Gestützt auf § 65 des Kantonsratsgesetzes (KRG, LS 171.1) bitten wir Sie hiermit um eine Stellungnahme innert sechs Monaten im Sinne von § 81 KRG.

### **3. Stellungnahme des Regierungsrates zum Bericht der Kommission für Bildung und Kultur**

#### **A. Allgemeines**

Der Regierungsrat wählt gemäss § 8 Abs. 2 lit. b des Fachhochschulgesetzes vom 2. April 2007 (FaHG; LS 414.10) den Fachhochschulrat und dessen Präsidentin oder Präsidenten. Das für das Bildungswesen zuständige Mitglied des Regierungsrates gehört dem Fachhochschulrat von Amtes wegen an (§ 9 Abs. 1 FaHG).

Der Kantonsrat genehmigt gemäss § 7 Abs. 2 lit. e FaHG die Wahl des Fachhochschulrates. Diese Regelung geht zurück auf die parlamentarische Beratung zum Erlass des FaHG in den Jahren 2006/2007 (Vorlage 4306). Der Kantonsrat vertrat damals die klare Haltung, dass die Wahl der strategischen Leitungsorgane öffentlich-rechtlicher Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit der parlamentarischen Kontrolle bzw. seiner Oberaufsicht unterstehe. Er beschloss in der Folge, im FaHG die Genehmigung der Wahl des Fachhochschulrates analog zur damaligen Regelung im Gesetz über das Universitätsspital Zürich vom 19. September 2005 (USZG; LS 813.15) vorzusehen. Die Wahl des Fachhochschulrates wurde dem Kantonsrat dementsprechend jeweils als Ganzes und ohne den Wahlbeschluss zum Präsidium zur Genehmigung beantragt (vgl. zuletzt Vorlage 5514).

Mit der Änderung des USZG vom 12. Juni 2017 (Vorlage 5198) hat der Kantonsrat die Regelung der Genehmigung geändert. Neu unterliegt die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten sowie der einzelnen Mitglieder der strategischen Leitungsorgane der kantonalen Spitäler der Genehmigung des Kantonsrates (§§ 8 Ziff. 4 und 9 Ziff. 7 USZG).

Der Grundsatz der Genehmigung solcher Wahlen entbindet den Kantonsrat nicht davon, im konkreten Einzelfall auch die Governance-Struktur der jeweiligen Institution zu beachten. Gerade für Hochschulen, die als ausgeprägte Expertenorganisationen der unbedingten Freiheit von Forschung und Lehre verpflichtet sowie mehrheitlich trägerfinanziert sind, gelten diesbezüglich besondere Rahmenbedingungen. Dem wird mit einer entsprechenden Governance für die Hochschulen der Zürcher Fachhochschule (ZFH) wie auch für die Universität Zürich (UZH) Rechnung getragen, die politisch breit abgestützt ist (vgl. Bericht des Regierungsrates zur Einzelinitiative KR-Nr. 352/2013 betreffend Änderung des Universitätsgesetzes [Vorlage 5217]; Ablehnung durch den Kantonsrat am 13. Juni 2016).

## **B. Zu den Bestimmungen**

Die mit der PI vorgeschlagenen Änderungen der §§ 7 und 8 FaHG orientieren sich an den für die Spitäler geltenden Regelungen. Sie sind bei Berücksichtigung der hochschulspezifischen Governance-Strukturen sachgerecht und erfüllen im Übrigen die Anforderungen an die Rechtsetzung.

Die Festlegung der Entschädigung der Mitglieder des Fachhochschulrates obliegt dem Regierungsrat (RRB Nr. 615/2011). Die Änderung von § 8 FaHG ist zum Anlass zu nehmen, dafür analog zur Regelung für die Spitäler eine Rechtsgrundlage auf Gesetzesstufe zu schaffen. Wir schlagen deshalb für § 8 Abs. 2 lit. b FaHG folgende Formulierung vor:

- b. wählt die Präsidentin oder den Präsidenten und die weiteren Mitglieder und legt die Entschädigung fest,

## **C. Finanzielle Auswirkungen und Regulierungsfolgeabschätzung**

Die Gesetzesänderung hat keine finanziellen Auswirkungen. Ebenso hat sie keine administrativen Mehrbelastungen von Unternehmen im Sinne von § 1 in Verbindung mit § 3 des Gesetzes zur administrativen Entlastung der Unternehmen vom 5. Januar 2009 (LS 930.1) zur Folge. Eine Regulierungsfolgeabschätzung ist daher nicht erforderlich.

Wir ersuchen Sie aus diesen Gründen, dem Kantonsrat die PI KR-Nr. 214/2019 mit der genannten Änderung zur Annahme zu beantragen.

## **4. Antrag der Kommission**

Die Kommission für Bildung und Kultur hat die Stellungnahme des Regierungsrates zur Kenntnis genommen. Sie übernimmt den gesetzestechnischen Hinweis des Regierungsrates in ihren Antrag für eine Änderung des Fachhochschulgesetzes (vgl. Kapitel 3, Abschnitt B) und beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die geänderte PI zu unterstützen.